

AL Info³ / 17

2 Im Gespräch mit Attilio Stoppa erzählt Corin Schäfli über intensive Jahre, über das Ausfliegen, über das weiter Denken.

4 Zürich wird zum Nettozahler. Walter Angst erklärt, warum es jetzt radikale Massnahmen in der Wohn- und Stadtentwicklungspolitik braucht.

5 100% günstig wohnen und arbeiten im SBB-Areal Neugasse! Niggi Scherr zieht kritisch Bilanz über die Immopolitik der SBB.

AZB
CH-8004 Zürich
Post CH AG

AL: Unruhe bewahren!

«Alles ist gut» titelte kürzlich eine Ausstellung und Buchpräsentation* über Freiräume in der Stadt Zürich. Alles ist nur dann gut, wenn wir darüber hinwegsehen, dass sich die Balance zwischen verordneter, ertragssteigernder Stadtentwicklung und gesellschaftlicher Selbstentfaltung stets weiter verschiebt. Alles ist nur gut, wenn wir darüber wegsehen, dass dieses Ungleichgewicht die Mietpreise in astronomische Höhen treibt, dass Freiräume wegrationalisiert werden, dass Teilhabe und politische Mitsprache mehr und mehr zum Verwaltungsgut von oben werden. Workshops und Informationsveranstaltungen sollen es richten. Nur: Topdown-Animation und Pseudo-Mitsprache haben noch selten etwas bewegt.

Zürich verdankt seine Attraktivität nicht zuletzt dem anhaltenden kreativen, intelligenten und von unten getriebenen Widerstand gegen die kapitalgesteuerte Regelmässigkeit. Es ist an uns, Ungleichheiten anzufechten. Raum einzufordern für eine produktive Unruhe, im Grossen wie im Kleinen. Umgestalten statt verwalten.

Im Kleinen, wenn über vielfältige Kanäle und Verästelungen Anliegen durchdringen und Projekte entstehen, die mit unserem realen Leben auch tatsächlich zu tun haben. Fernab von Stadtoptimierung und baulicher Monokultur-Züchtung. Wenn wir genug haben von den Europaalleen, von den Megaprojekten, die Kleinbetriebe vertreiben und unsere Wohnungen verteuern. Wenn wir uns organisieren, 100 Prozent zahlbare Wohnungen fordern, wie die zahlreichen Aktivist*innen des Vereins «Noigass» (vgl. Seite 5).

Eine nachhaltige, kritische Unruhe im Grossen, wenn wir uns fragen, woher denn unser Unbehagen rührt. Wenn wir mal wieder einen dieser üppig gesponserten Kultur-Meilensteine besucht haben.

Einen von denen, die die Stadt derart attraktiv machen, dass wir unversehens dem Kleintheater-Stück von vor fünf Jahren nachtrauern: ohne Mittel auf die Beine gestellt, intelligent, frech, hatte es den Kern dessen getroffen, was uns umtreibt. Vielleicht auch nicht. Aber nah und hochglanzfrei.

Also vorwärts. Weiter, gegen die Kälte, für ein von vielen gestaltetes Miteinander, gleichschaltungsfrei und mit Raum für die, die weniger haben als andere. Denn sie verschwinden nicht einfach,

minimalen Ressourcen für eine umsichtige Politik und unverfälschte Ideale stark zu machen. «Zu komplex», «Kann man keinem erklären», «Beschränkte institutionelle Einflussnahme als Kleinpartei» heisst es immer wieder. Ab und an kracht und ächzt es gewaltig im Gebälk einer AL. Wenn Ideale und realpolitische Optionen aufeinanderprallen. Wenn jede Lösungsvariante sich wie ein Seelenverkauf anfühlt. Ein Asylghetto, mitten in Zürich? Never! Nur: Irgendwo muss es hin. Setzen wir ein Zeichen gegen ein Mahnmal inhu-



wenn wir sie wegdenken. Es gibt sie, und sie kämpfen darum, die Ausbildung ihrer Kinder zu finanzieren, bezahlbare Wohnungen zu finden, in schwierigen Situationen Rat und Hilfe zu erhalten. Wenn wir da nicht Gegensteuer geben, wird eine dank Gentrifizierung immer reicher werdende Stadt über den Finanzausgleich immer mehr Geld in das übrige Kantonsgebiet pumpen. Dorthin, wohin wir Menschen mit kleinem Einkommen abgedrängt haben. Alternative Lösungen sind nötig und denkbar. Walter Angst stellt dazu auf Seite 4 Überlegungen an.

Es ist nicht immer einfach, sich mit

maner Politik? Oder versuchen wir möglichst nah dran zu bleiben – weil und wenn es ohnehin nicht zu verhindern ist? Ein Schlagabtausch – nicht um den kleinsten gemeinsamen Nenner zu finden, wie wir das von allzu institutionalisierten Gremien kennen, sondern um den Blickwinkel zu öffnen. Und über den Widerspruch von heute die Lösungen von morgen vorzuspüren.

Yvonne Lieberherr, politische Sekretärin AL

*Ausstellung zur Buchpräsentation von Michele D'Ariano Simionato und Marco Jacomella

Parolen und Positionen

Abstimmungen vom 24. September

BUND

Bundesbeschluss über die Ernährungssicherheit (Gegenentwurf z. zurückgezogenen Volksinitiative) **Stimmfreigabe**

Zusatzfinanzierung der AHV durch eine Erhöhung der Mehrwertsteuer **JA**

Bundesgesetz über die Reform der Altersvorsorge 2020 **JA**

KANTON ZÜRICH

Steuergesetz (Begrenzung der Abzüge für den Arbeitsweg) **JA**

Sozialhilfegesetz (Aufhebung Sozialhilfeleistungen für vorläufig Aufgenommene) **NEIN**

Gegenvorschlag zur «Anti-Stauninitiative» **NEIN**

Gesetz über Jugendheime und Pflegekinderfürsorge **JA**

STADT ZÜRICH

Bundesasylzentrum auf dem Duttweilerareal **Stimmfreigabe**
Liegenschaften-Tausch mit der Swiss Life **NEIN**

Weitere Parolen im AL-Info im August

Finanzen

Unsere Kampagne zum Swiss Life-Deal ist gestartet. Das kostet Geld. Bei der AL kommt die Unterstützung nicht von Grosskonzernen, sondern von Sympathisantinnen und Sympathisanten. Für Spenden bitte folgende Kontoverbindung verwenden:
Konto.: 87-63811-5
IBAN: CH53 0900 0000 8706 3811 5
Vermerk: Swiss Life-Deal
Herzlichen Dank!

Termine

Freitag/Samstag, 25./26. August

Röntgenplatzfest

Dienstag, 29. August, 19 Uhr,

AL- Vollversammlung

Impressum

Redaktion: Niklaus Scherr, Attilio Stoppa, Andrea Leitner, Corin Schäfli, Yvonne Lieberherr

Layout: Yvonne Lieberherr, Corin Schäfli

Erscheint: 6-mal jährlich

Auflage/Druck: 2200 Ex., Druckerei Nicolussi, Zürich

Sekretariat: Alternative Liste (AL)
Molkenstrasse 21, 8004 Zürich
www.al-zh.ch, sekretariat@al-zh.ch,
044 242 19 45/076 577 45 19

Dank an Corin Schäfli



Corin Schäfli

Corin, du wirst das AL-Sekretariat per 31. August 2017 verlassen und damit nicht nur eine deiner Arbeitsstellen, sondern du wirst deine Zelte in der Schweiz abbrehen. Ganz schön einschneidend oder nicht...?

Während meiner zweimonatigen Auszeit (Dezember 2016 – Februar 2017) ist in mir, beim Klettern in Tasmanien, die Idee entstanden eine längere, grössere Zäsur in meinem Leben vorzunehmen. Ich werde für eine unbestimmte Zeit nach Südamerika reisen, meiner Kletterleidenschaft nachgehen und quasi als Gegenpol auch das Tauchen im Meer ausprobieren.

Bereits nach der Schulzeit und dem Studium (Ethnologie) hat es mich immer sehr stark ins Freie, in die Natur gezogen, auch hin zu handwerklicher Arbeit. Ich musste immer mehrere Jobs haben und wollte nicht nur im System der Lohnarbeit eingespannt sein. Mir entsprach auch meine Arbeit als Velokurierin sehr, da für mich das Velo das bevorzugte Verkehrsmittel ist, in der Freizeit und für die Arbeit.

Wie kam es, dass du bei der AL eingestiegen bist?

Ich wollte nach dem Studium «inhaltlich etwas machen», nahm an einer Vollversammlung (VV) teil und wurde Mitglied der Redaktionsgruppe des AL-Info. Kurze Zeit später hatte ich die Möglichkeit, als Aushilfe zeitweilig im Sekretariat tätig zu sein und damit die ganze umfassende Parteiarbeit kennenzulernen. Ich erlebte diese Zeit sehr intensiv und zeitweise war die Arbeit mit viel Stress verbunden. Manchmal kam ich an meine Grenzen, insbesondere als ich, bedingt durch den personellen Wechsel, das Sekretariat alleine führte und gleichzeitig die

Kampagne zur Kinderbetreuungsinitiative der AL gestartet werden musste.

Du warst ja nicht nur in der Parteiadministration tätig sondern auch zwei Jahre AL-Gemeinderätin. Was waren deine Erfahrungen?

Es waren zwei intensive Jahre. Ich habe gern mit der Fraktion gearbeitet, aber im Rat fühlte ich mich eher unbehaglich. Ich hatte das Gefühl, mit so vielen Regeln und Beschränkungen arbeiten zu müssen, dass sich eigentlich gar nichts erreichen liess. Ich beschäftigte mich dort hauptsächlich mit Umweltpolitik und Veloverkehr. Hier gibt es ein grosses Potential, das in der AL brach liegt oder dem nicht die gebotene Priorität zugemessen wird.

Höchst befriedigend und manchmal auch lustig und lustvoll war die Zusammenarbeit mit den Kolleginnen und Kollegen in der Fraktion. Es waren lebendige Dialoge mit guten Leuten. Wichtig war mir auch die Arbeit mit den Aktivistinnen und Aktivisten der Basis.

Was wäre dein Rat und Wunsch an die AL?

Die Partei soll sich mehr mit der Umweltpolitik befassen. Denn Umweltpolitik ist ein zentrales linkes Anliegen, das starke Auswirkungen auf die globale wirtschaftliche Gerechtigkeit hat, zu dem aber lokal gehandelt werden muss. Wir können es uns heute nicht mehr leisten, dieses riesige Themenfeld einfach allein den Grünen zu überlassen. Wünschenswert wäre auch die «Wiedergeburt der Julia», eine aktive, unbürokratische Jungpartei, die themenorientiert arbeitet und weniger durch Ämter gebunden ist. Das gäbe der AL mehr idealistisches Fundament und Bezug zu neuen Ideen.

Deine längerfristige Perspektive?

Wenn ich irgendwann zurück komme, werde ich als erstes wieder als Velokurierin fahren, auch mein politisches Engagement werde ich fortsetzen, vermutlich nicht in Form von Real- oder Stadtpolitik, sondern auf einer freieren Ebene. Jedenfalls werde ich bestimmt wieder an einer AL-Versammlung auftauchen!

Corin, im Namen der AL und insbesondere des Vorstandes danke ich dir für dein Engagement und hoffe, dass deine Wünsche sich erfüllen. Alles Gute!

Attilio Stoppa, Vorstand

Im Gespräch mit Adel Gavranovic



Adel Gavranovic

Du bist zur AL gekommen, weil du eine Maturaarbeit über linke Parteien und Organisationen der Stadt Zürich geschrieben hast. Wie kamst du dazu?

Ich bin gerade dabei, die «Kanti Engi» abzuschliessen und meine Maturaarbeit heisst «Zürich von links» und ich behandle darin alle linken Organisationen in Zürich, von der SP bis zum Revolutionären Aufbau, wobei mir von letzterem leider niemand ein Interview gegeben hat. Dabei habe ich natürlich auch an die AL gedacht, auf die ich bereits 2015 aufmerksam geworden bin, also in dem Jahr, als ich zum ersten Mal wählen durfte.

Was wolltest du in diesen Interviews wissen?

Alles Mögliche über die Grundwerte und die Arbeitsweise der Organisationen. Eine Frage, die mir besonders wichtig war und die oft nicht verstanden wurde, war die nach dem Menschenbild der Partei. Ich wollte wissen, was die Partei, sagen wir einmal, einem «normalen Menschen» auf der Strasse so zutraut. Die Frage ist mir unter anderem deshalb wichtig, weil gerade den Linken oft zugeschrieben wird, sie wollten alles über den Staat regeln und trauten dem einzelnen Menschen kein Verantwortungsbewusstsein zu. Es hat mich beeindruckt, dass Andreas Kirstein (Fraktionspräsident der AL) die Frage sofort verstanden hat. Im Gespräch mit ihm bekam ich das Gefühl, dass die AL den «Leuten auf der Strasse» mehr Eigenverantwortung zutraut als andere linke Organisationen. Ein gutes Beispiel dafür ist etwa die Kampagne der AL gegen die sip züri (Sicherheit und Intervention Zürich).

Was mich an dieser Arbeit sehr überrascht hat, war der Fokus auf den Kommunismus...

Ursprünglich sollte die Arbeit sogar hauptsächlich das Thema Kommunismus behandeln und lediglich einen kleinen Teil zu den linken Bewegungen, Parteien und Organisationen in Zürich enthalten. Da ich aber erstaunlich viele Interviewpartner aus dem letzten Bereich gefunden habe, wandte ich mich mehr der Erkundung des «linken Zürichs» zu und das Thema Kommunismus geriet in den Hintergrund. Ich habe sehr viel kommunistische und sozialistische Literatur gelesen und das Thema hat mich schon

immer interessiert. Ich finde, dass der Kommunismus urlinke Ideale formuliert hat, die in den Prinzipien moderner linker Parteien weiterleben.

Warum Stadtpolitik? Ist die weite Welt nicht viel interessanter, besonders für jemanden in deinem Alter?

Das erste Thema, das meine Aufmerksamkeit bekommen hat, ist die Gentrifizierung. Ich wohne in Wiedikon und habe mitbekommen, wie sich vor einigen Jahren die Weststrasse, die zuvor in üblem Zustand war, in eine sehr attraktive Wohnstrasse verwandelt hat. Nicht, dass ich eine schöne Stadt nicht zu schätzen wüsste, aber mir wurde schnell klar, dass mich diese Veränderung persönlich betreffen könnte. Geht es so weiter, wird meine Familie es sich vielleicht nicht länger leisten können, in Wiedikon zu wohnen. Ich liebe Zürich sehr, ich könnte mir nicht vorstellen, woanders zu wohnen. Daher auch das Thema Gentrifizierung.

Bist du politisch erzogen worden?

Meine Eltern sind in Bosnien, also in der ehemaligen Sozialistischen Republik Jugoslawien aufgewachsen. Aber ich würde nicht sagen, dass sie politisch sind. Zumindest interessieren sie sich nicht für Schweizer Politik. Ich glaube, sie sind schon eher links und gesellschaftsliberal, aber wir sprechen kaum über Politik. Das liegt sicher auch daran, dass wir eine gemischtreligiöse Familie sind. Ich denke, sie glauben nicht, dass sie in der Schweizer Politik etwas ändern könnten. Aber meine Grossmutter befasst sich aktiv mit der Politik in Bosnien. Sie ist links und Anhängerin der einzigen Partei in Bosnien, die sich für die Gleichheit aller Ethnien und Religionen dort einsetzt.

Corin Schäfli

Korrigendum zum Tätigkeitsbericht 2016, verschickt im April 2017

Seite 5, Gemeinderat, Internationalismus: «Auf unsere Initiative hin ist Zürich nun mit der kurdischen Stadt Diyarbakir in einem sogenannten Brückenschlag verbunden.» Unterschlagen haben wir versehentlich, dass die ehemalige SP-Gemeinderätin Rebekka Wyler den Anstoss für diesen Vorstoss gegeben hat und massgeblich an der Realisierung dieses Brückenschlags beteiligt war. Um es mit Rebekka zu sagen: «Der Fact ist zwar nicht alternative, aber auch nicht ganz true». Danke, Rebekka!

AL Filmtipp

Mischa Schiowow empfiehlt:



EIN DEUTSCHES LEBEN. Österreich 2017. Regie: Florian Weigensamer und Olaf S. Müller. Die Furchen im Gesicht der 103-jährigen sprechen Bände: Brunhilde Pomsel,

die 1942 bis 1945 in Joseph Goebbels Propagandaministerium diente, erzählt ihren Lebensweg als karriere- und pflichtbewusste Sekretärin, ihre Ängste und Zweifel im engsten Zirkel um Hitlers Hetzer und Massenverführer. Wie sie der Partei beitrug, um einen Posten beim Rundfunk zu ergattern. Wie sie bis weit in die Kriegsjahre hinein den Kontakt zu ihrer jüdischen Freundin aufrechterhielt. Die Regisseure stellen den äusserst präzisen Beschreibungen der alten Dame Reden Goebbels, Ausschnitte aus Propagandafilmen der Alliierten und Bilder der Judenvernichtung gegenüber. «Es geschah mit uns» ist eine von Pomsels Kernaussagen, die gerade heute im Zeitalter der globalen Massenmanipulation von beklemmender Aktualität ist. «Ein deutsches Leben» beleuchtet die Banalität des Bösen und ist eine Warnung an künftige Generationen. **Ab 29. Juni im Kino**

Rosa Maino empfiehlt:

THE TRANSFIGURATION, USA 2016,



Regie: Michael O'Shea. Ein für AL-Info-Leser*innen eher ungewöhnlicher Filmtipp. Ein Low-Budget-Spielfilmerstling, der auf Anhieb und sehr zur Überraschung

des Regisseurs zum weltweit wichtigsten Filmfestival in Cannes eingeladen wurde: Der 14-jährige Afroamerikaner Milo, der als Waise bei seinem kriegstraumatisierten älteren Bruder in einem heruntergekommenen Sozialwohnungsblock in New York lebt, wird von seinen Mitschülern gequält und von einer Gang Kleinkrimineller in seinem Viertel malträtiert. Er durchläuft eine aussergewöhnliche «Transfigurationsphase» und entwickelt ein obsessives Interesse an «realistischen» Blutsaugergeschichten. Ein Vampir-Coming-of-Age-Sozialdrama, das im dokumentarischen Stil die Folgen materieller und emotionaler Entbehrungen thematisiert und es augenzwinkernd schafft, ein mitunter vergnügliches Genre-Autoreferenzwerk zu sein. **Ab 13. Juli im Kino**

Nein zur Entrechtung von Schutzsuchenden am 24. September

Am 24. September stimmen wir über eine Änderung des Sozialhilfegesetzes ab. Der Kantonsrat hat beschlossen, dass vorläufig Aufgenommene (Ausweis F) künftig nicht mehr nach Vorgaben der Sozialhilfe, sondern nach den tieferen Ansätzen der Asylfürsorge unterstützt werden sollen.

Das Komitee «Integrationsstopp Nein» hat innert Kürze 5700 Unterschriften gegen den Kantonsratsentscheid gesammelt. 3000 sind für ein Referendum nötig. Gleichzeitig haben die Städte Zürich und Winterthur mit 25 anderen Gemeinden das Gemeindereferendum ergriffen.

Kantonsrat will Volksentscheid umstossen

Im Kanton Zürich leben rund 5300 vorläufig aufgenommene Menschen. Sie sind zwar nicht individuell bedroht, erhalten aber ein Bleiberecht, weil eine Rückkehr in ihre Heimat nicht zumutbar ist. Eine vorläufige Aufnahme wird zum Beispiel geflüchteten Menschen aus Syrien, Afghanistan, Irak und Somalia ge-

währt – Länder, die seit Jahren von Bürgerkrieg und Krisen geprägt sind. 90 Prozent aller vorläufig Aufgenommenen bleiben langfristig in der Schweiz.

2011 haben die Stimmberechtigten des Kantons beschlossen, dass vorläufig aufgenommene Menschen Anspruch auf Sozialhilfe haben. Der Kantonsrat will diesen Volksentscheid umstossen. Vorläufig Aufgenommene sollen neu nur noch nach den deutlich tieferen Ansätzen der Asylfürsorge unterstützt werden.

Keine Prekarisierung von Schutzsuchenden

Für die Betroffenen hat dies massive finanzielle Einbussen zur Folge. Die Asylfürsorge hat einzig die Überlebenssicherung zum Ziel. Vorläufig aufgenommene Menschen fallen damit unter das soziale Existenzminimum. Bei einer Rückkehr zur Asylfürsorge werden die Gemeinden vom Kanton nur noch pauschal für die Unterbringung und Unterstützung entschädigt. Mit den deutlich tieferen Ansätzen der Asylfürsorge ist es für die Betrof-

fenen sehr viel schwieriger, auf dem freien Wohnungsmarkt eine eigene Wohnung zu finden. Die Asylpauschale reicht wohl nur noch für die Unterbringung in Kollektivunterkünften. Bildungsangebote wie Deutschkurse, Lehren oder Bewerbungcoachings fallen weg, wenn sie nicht von den Gemeinden selber finanziert werden. Für die Stadt Zürich würden zusätzliche Kosten von drei bis fünf Millionen Franken anfallen. Über die Hälfte der vorläufig Aufgenommenen sind Kinder und Jugendliche. Die Unterstützung nach den Vorgaben der Sozialhilfe ermöglicht ihnen heute eine gewisse Teilhabe am gesellschaftlichen Leben.

Der Kantonsratsentscheid stellt eine weitere Entrechtung von geflüchteten Menschen dar. Ein Leben mit Asylfürsorge bedeutet ein menschenunwürdiges Leben unter prekären Bedingungen. Vorläufig aufgenommene Menschen bleiben dauerhaft in der Schweiz. Sie gehören zu uns und haben darum Anspruch auf entsprechende Rechte.

Ezgi Akyol, Gemeinderätin

Zürich wird zum Nettozahler – ein Politikwechsel ist angezeigt

Erinnern Sie sich an die Schlagzeilen, die Rüslikon nach dem 2011er-Börsengang von Glencore gemacht hat? Über die 6000-Seelengemeinde, in der Glencore-Chef Glasenberg Einkommenssteuern zahlt, prasselte ein Geldsegen nieder. Zwei Jahre später freute sich der Finanzvorstand der Stadt Schlieren über Zusatzeinnahmen von 6 Millionen Franken, die dank dem Ressourcenausgleich vom Zürichsee ins Limmattal flossen.

Die Stadt Zürich ist zwar nicht Rüslikon. Von den sagenhaften 2,95 Milliarden Franken, die das Steueramt 2016 eingenommen hat, werden in zwei Jahren aber auch hier satte 400 Millionen in den Ressourcenausgleich des Kantons abgeführt. 2015 lag dieser Wert noch bei 270 Millionen Franken. Die Stadt wird 2018 zum mit Abstand wichtigsten Einzahler in den kantonalen Finanzausgleich.

Im Gegensatz zu Rüslikon, das nach dem Börsengang von Glencore ein einmaliges Rekordergebnis realisierte, scheint die Finanzkraft der Stadt recht solide. Dank dem raschen soziodemographischen Wandel wachsen die Einkommenssteuern stärker als die Bevölkerung. Und die

Unternehmenssteuern nähern sich wieder jener Milliardenchwelle, die man im Vor-Crash-Jahr 2007 bereits einmal gestreift hat.

Es sind also der von der Politik befeuerte soziodemographische Wandel und die Unternehmensansiedlungen, die die Stadt Zürich trotz Zentrumslastenausgleich von ebenfalls rund 400 Millionen schon bald zu einem der wenigen Nettozahler des Zürcher Finanzausgleichs machen dürften. Es fragt sich, ob nicht auch aus finanzpolitischen Gründen ein Politikwechsel angezeigt wäre.

Die AL hat sich immer dafür stark gemacht, dass die Dividende einer auf Ertragssteigerungen ausgerichteten Stadtentwicklungspolitik in Form von Investitionen in Schulen, Kinderbetreuung, Gesundheitswesen und eine starke Integrations- und Sozialpolitik an alle verteilt wird. Wenn aber die Bevölkerung der Stadt Zürich immer reicher und gebildeter wird, verpufft die Verteilungswirkung solcher Modelle.

Um Gegensteuer zu geben, braucht es radikale Massnahmen in der Wohn- und Stadtentwicklungspolitik. In der Stadt

muss das Angebot an preisgünstigen Wohnungen massiv erhöht werden – nicht zuletzt durch die lange Zeit sträflich vernachlässigte Sicherung des Bestands. Wo neu gebaut wird, muss der Zugang zu ebendiesen preisgünstigen Wohnungen für jene Gruppen, die in den letzten fünfzehn Jahren aus der Stadt verdrängt wurden, gezielt verbessert werden.

Ebenso drängend ist die Frage, ob für urbane Räume wie Zürich der kantonale Finanzausgleich noch das richtige Mittel ist, um die Kluft zwischen Stadt und Umgebung nicht zu gross werden zu lassen. Oder ob nicht eine Angleichung der Leistungen der bessere Weg wäre, damit Schlieren, Opfikon, Adliswil und Zürich sich näher kommen. Dies kann kurzfristig durch stärkere Zusammenarbeit, mittelfristig aber nur durch institutionelle Änderungen geschehen. Vor dreieinhalb Wochen haben an der Pfnüselküste vier Kommunen die Fusion beschlossen. Die Rechnung 2016 der Stadt Zürich zeigt, dass wir Nachbarn auch im Limmattal, Glatt- und Sihltal über solche Fragen nachdenken sollten.

Walter Angst, Gemeinderat

Noigass: Ein Drittel ist nicht genug

Im März startete die SBB AG ein öffentliches Mitwirkungsverfahren zum Areal Neugasse im Kreis 5. Ihre planerischen Vorgaben: 25% Gewerbe und 75% Wohnen, davon ein Drittel gemeinnützig. Auf dem 30'000m²-Areal sind 300 bis 400 Wohnungen möglich. Am 24. Juni haben rund 200 Personen auf dem Röntgenplatz den Verein «Noigass» gegründet. Sein Programm: 100% günstig wohnen und arbeiten im Areal Neugasse.

100% gemeinnützige Wohnungen – ein mehr als begründetes Postulat

Bürgerbeteiligung, ein Drittel gemeinnützige Wohnungen: Das klingt grosszügig. Die SBB hat zweifellos dazu gelernt. Ihr ist klar: ohne den Einbezug einer zunehmend kritischeren Öffentlich-

eine Erhöhung des Mindestwohnanteils abgetrotzt. «Mehr als ein paar teure Luxus-Lofts liegen nicht drin», konterte die AL damals.

Das AL-Referendumskomitee sollte leider Recht behalten. Statt 500 werden nur 396 Wohnungen gebaut, der fehlende Rest wird in Form von 174 Zimmern im Designhotel 25hours «realisiert» (baurechtlich gelten auch Hotelzimmer als Wohnraum). 46 Eigentumswohnungen hat die SBB 2013 – bisher in Zürich unüblich – an den Meistbietenden versteigert. Bei Baukosten von 35 Mio Franken hat sie einen Verkaufserlös von rund 100 Mio Franken erzielt. Aus dem Gewinn errechnet sich ein obszöner Landpreis von 71'000 Fr. pro m² Bodenfläche – wohlgemerkt für Land, das die SBB-Vorgängerin Nordost-

und 4'430 Fr. hinblättern. Letzibach C an der Hohlstrasse: 1'785 Fr. für die 1.5-Zim-



mer-Wohnungen, 2'760 – 3'270 Fr. für 3.5 Zimmer und 3'255 – 3'690 Fr. für 4.5 Zimmer.

SBB kooperiert nur unter Druck

Wohnpolitische Zugeständnisse hat die SBB AG nur zweimal gemacht – weil ihr schlicht nichts anderes übrigblieb: Beim Areal Zollstrasse West, weil sie ihre eigene Parzelle, eingeklemmt zwischen Gleisen und einem Areal der Stadt Zürich, nicht selbständig überbauen konnte (geplant: Genossenschaftsprojekt Zollhaus mit 48 Wohnungen). Das Areal Letzibach D musste sie der Stadt verkaufen, um im Gegenzug von dieser ein Näherbaurecht zu erhalten, ohne das sie ihr Projekt WestLink nicht hätte realisieren können (geplant: 250 städtische Wohnungen).

Der Verein «Noigass» steigt zuversichtlich in die Ausmarchung mit Stadt und SBB. Die besseren Argumente sind auf unserer Seite. Bis Ende Jahr sind verschiedene Happenings und Aktionen geplant.

Niggi Scherr, Vorstandsmitglied «Noigass»



keit und ohne ein Zuckerli für den gemeinnützigen Wohnungsbau ist die Umzonung – das Areal liegt in der Industriezone, wo Wohnungsbau verboten ist – politisch nicht zu haben.

Mit diesem Ablasshandel lassen wir uns nicht abspeisen. Als Kompensation für die verheerende bisherige Wohnbaupolitik der SBB AG gibt es nur eins: auf dem Neugasse-Areal müssen alle Wohnungen nach gemeinnützigen Bedingungen realisiert werden. Die Forderung ist mehr als begründet. Seit 2012 hat die SBB auf ihren Arealen in der Stadt Zürich 1'131 Wohnungen gebaut oder ist daran, sie zu erstellen. Alle im oberen bis obersten Preissegment, wo nur Gutbetuchte mithalten können.

Abzocker-Mieten in der Europaallee ...

«Rund 500 Wohnungen» versprach der Stadtrat 2006 in der Abstimmungszeitung zum Gestaltungsplan für die Europaallee. Und die SP betonte stolz, sie habe der SBB

bahn AG vor 150 Jahren für gerade einmal 1 bis 10 Fr. pro m² erworben hat! Ansonsten kann man 3.5- und 4.5-Zimmer-Wohnungen für 3'350 bis 5'885 Fr. mieten. Nicht zu reden von den 78 Apartments in der Seniorenresidenz GUSTAV «für exklusives Wohnen im besten Alter», die anfänglich für astronomische 8'500 bis 18'800 Fr. pro Monat angeboten wurden. Da der Markt diese Abzocke offenbar nicht schluckt, wird mittlerweile ein Drittel zu tieferen, aber immer noch rekordhohen Mieten als «serviced Apartments» vermarktet.

... und in WestLink und Letzibach C

Bei der Überbauung WestLink am Bahnhof Altstetten sieht es nicht viel besser aus. Die 1.5-Zimmer-Wohnungen kosten zwischen 2'080 und 2'610 Fr., 2.5-Zimmer-Wohnungen sind für 2'145 bis 4'220 Fr. zu haben und für eine 3.5-Zimmer-Wohnung muss man zwischen 3'460



Wahlen in Winterthur...

Gemeinderat – weg von der Einzelkämpfer-Vertretung und hin zu zwei Sitzen

Vor vier Jahren gelang der Alternativen Liste Winterthur endlich der «grosse» Sprung: weg von einer Einzelkämpfer-Vertretung hin zu zwei Sitzen im Grossen Gemeinderat Winterthur.

Im Gesamtparlament blieben die Blöcke gleich verteilt, es kam nur zu sehr kleinen Verschiebungen. Mit der GLP als grösster Vertretung der Mitte ist somit klar: das Parlament agierte in ökologischen Fragen progressiv, in der Finanzpolitik und im Sozialen wehte aber in den letzten vier Jahren ein rauher Wind. Die Linke muss also dazu gewinnen, um wieder eine Kehrtwende zu erreichen. Die AL Winterthur will dazu ihren Beitrag

mit einem Sitzgewinn leisten. Die beiden bisherigen, Katharina Gander und David Berger, werden wieder antreten. Die Suche nach weiteren KandidatInnen ist noch am laufen – wir möchten wie immer mit einer breit abgestützten, gut durchmischten Liste antreten.

Es werden nach wie vor dringend weitere Personen gesucht – sei das für die hinteren Listenplätze oder auch an der Spitze. Alle Interessierten bitten wir, das Formular unter der Adresse <http://www.al-winti.ch/main/umfrage-aktivitaeten> auszufüllen oder direkt David Berger (d.berger@al-winti.ch) zu kontaktieren. Bei Fragen stehen wir natürlich sehr gerne zur Verfügung, auf der Seite ist auch ein Stellenbeschrieb aufgeschaltet.

Stadtrat – ein Entscheid steht an

Wie bei jeder Wahl wird die Beteiligung am Stadtratswahlkampf diskutiert. Die Positionierung ist noch nicht definitiv abgeschlossen. Die Versammlung bleibt weiterhin skeptisch gegenüber dem Vorhaben. Der Leistungsausweis des mehrheitlich bürgerlichen Stadtrats ist für die AL alles andere als erfreulich – eine Änderung der Mehrheitsverhältnisse würden wir prinzipiell begrüßen, aber es stellt sich immer die Frage, wie viele Konzessionen bei einem Stadtrats-Wahlkampf eingegangen werden müssten – ob mit eigener Kandidatur oder öffentlicher Unterstützung anderer KandidatInnen. In den kommenden Wochen wird dazu ein Entscheid gefällt.

David Berger, Gemeinderat

Neues Asylzentrum in Bülach – leben zwischen Kaserne und Autobahn

In der Stadt Bülach erhalten die bis jetzt auf Container und eine Arbeiterunterkunft verteilten Asylsuchenden nun einen spartanischen Grossbau am äussersten Stadtrand. Damit setzte sich bei der Volksabstimmung vom 21. Mai die Zweckallianz aller Parteien gegen die Opposition von SVP und AL durch. Mit einem Ja-Anteil von 55,8 Prozent allerdings deutlich knapper, als aufgrund der Wähleranteile der zustimmenden Parteien (68,2 Prozent) zu erwarten war.

Es war bereits der dritte Anlauf für ein Asylzentrum in Bülach. Ein erster Antrag des Stadtrats wurde 2013 sistiert, um mögliche Veränderungen in der Bundesasylpolitik abzuwarten. Ein zweiter Antrag wurde 2015 nach kritischen Stimmen im Gemeinderat («zu teuer») zurückgezogen. Und weil sich der Stadtrat offenbar nur Widerstand von rechts, nicht auch Kritik aus menschenrechtlichen Gründen vorstellen kann, liess er in der Folge ein Projekt erarbeiten, das dürftiger nicht sein könnte. Selbst der Zürcher Unterländer kommentierte, dass «bei Lichte betrachtet ein Betrag von 7,7 Millionen Franken für einen auf 181 Personen ausgelegten Bau fast schon erschreckend günstig ist» (ZU, 13.5.17).

Zähneknirschende Ja-Sager

Und so sieht das Asylzentrum Müliweg neben der Kaserne aus, das nächstes Jahr gebaut und 2019 bezogen wird: vier Geschosse entlang der Autobahn sowie ein Quertrakt mit Verwaltungsräumen und weiteren drei Asylgeschossen, alles umringt von einem 1,50 Meter hohen

Maschendrahtzaun. 181 Betten in Zweier-, Dreier- und Viererzimmern, 22 winzige Küchen, in denen nicht einmal ein kleiner Tisch Platz findet, und insgesamt 8 «Aufenthaltsräume» von gerade mal 13 m² Grösse – das ist ein halber m² pro Person, wie ein Sprecher der Grünen im Gemeinderat vorrechnete. Ein Töggelikesen? Räume zum Spielen und Zusammensein? Nix.

SP und Grüne gaben den Segen. Zwar «zähneknirschend», wie das meist verwendete Wort im Zusammenhang mit dem Asylzentrum Müliweg lautete, doch nun müsse endlich eine definitive Lösung her. Gerade gegen das Definitive opponierte die SVP, weil es aus ihrer Sicht ein falsches Zeichen gegenüber Bern setzt. Die Bülacher Sparallianz der Mitte-Rechts-Parteien ihrerseits hielt sich im Abstimmungskampf vornehm zurück: Die Kosten-Nutzen-Rechnung und die Idee der zentralen Unterbringen seien passend. Punkt. Und der Stadtrat bemühte sich zu betonen, dass das vorliegende Projekt der einzig mögliche Ausweg aus dem heutigen «Gebastel» sei: günstiger als die Provisorien und einfacher zu verwalten.

Ein deutliches «Nein, so nicht!»

Die AL sah es anders. Ein Projekt, bei dem alles falsch ist (die Grösse, die Lage, die Ausstattung), hätte zurück an den Absender gehört. Bülach hätte das besser können. Ein Nein wäre nicht der Auftrag zum energielosen Basteln gewesen, sondern zur Suche nach überzeugenden zentralen Standorten. Kurzfristig aufwändiger wäre das schon. Längerfristig würde

es sich menschlich und finanziell bezahlt machen, die asylsuchenden Menschen nicht ins Ghetto abzurängen.

Weil die AL in Bülach keine formelle Ortspartei ist, waren die Mittel zwei Leserbriefe und die Präsenz an Diskussionsanlässen. Das «Nein, so nicht!» wurde verstanden und sorgte für Verunsicherung. Die Diskussionen waren ernsthaft und engagiert, gerade auch unter den vielen Freiwilligen, die in Bülach Deutschkurse, Begegnungstreffe und Sportanlässe für Asylsuchende anbieten. Viele wussten bis zum Schluss nicht, ob sie nun ihren angestammten Parteien oder der Kritik von links mehr Gehör schenken sollten. Manche werden leer eingelegt haben. Andere schrieben Leserbriefe ohne klare Position, dafür mit einer grundsätzlich positiven Haltung gegenüber den Asylsuchenden – immerhin ein wohltuender Farbkleck auf den sonst überwiegend ausländerfeindlichen ZU-Leserbriefseiten.

Zwischen mir und meinen SP- und Grünen-Freunden, mit denen ich sonst eher am gleichen Strick ziehe, blieb bis zum Schluss der Graben in der Einschätzung, ob es Bülach tatsächlich besser könne oder nicht. Ausserdem war da die Befürchtung, dass ein Nein als Triumph der SVP gedeutet würde. Stattdessen hat Bülach nun den Triumph der Sparapostel und ein Asylzentrum, das elementare menschliche Bedürfnisse aussen vor lässt. Immerhin auch eine gewisse Verunsicherung in der Bevölkerung, die den einen oder die andere in Zukunft zu genauerem politischem Hinschauen motiviert.

Maria Eisele

Bericht aus dem Kantonsrat

Bevormundung der Städte Zürich und Winterthur



Einmal mehr hat sich der Kantonsrat im vergangenen Februar mit dem Lieblingsthema der bürgerlichen Seite befasst: der freien Fahrt für freie Autofahrer durch die Stadt

Zürich. Die Bürgerlichen sind vor allem auf die Stadt Zürich nicht gut zu sprechen. Die Stadt verhindere mit ihrer Verkehrspolitik ein zügiges Vorankommen von Autofahrern in der Stadt. Die Stadt fokussiere zu sehr auf Fussgängerinnen, Fussgänger und Velofahrende. Seit Jahren führen darum die Automobilverbände wie ACS und TCS Krieg gegen die Stadt Zürich und ergreifen jedes rechtliche Mittel gegen die Einführung von Tempo-30-Zonen und Begegnungszonen. Sie scheinen förmlich in Geld zu schwimmen und stellen ganz offensichtlich das Auto über den Menschen. Nach Meinung der bürgerlichen Autoturbos müssen darum die Städte Winterthur und Zürich zur Raison gebracht und in Sachen Verkehrspolitik bevormundet werden.

Dazu dient der von der Verkehrskommission (KEVU) ausgearbeitete Gegenvorschlag zur von der SVP lancierten kantonalen Volksinitiative «Stopp der Verkehrsbehinderung (Anti-Stauintiative)». Dieser kommt am 24. September zur Abstimmung. Wird der Gegenvorschlag angenommen, dann ist es so sicher wie das Amen in der Kirche, dass mit ständigen verkehrspolitischen Auseinandersetzungen zwischen den Städten Zürich und Winterthur einerseits und dem Kanton andererseits zu rechnen ist. Die Einführung von Tempo-30- und Begegnungszonen können die städtischen Bewohnerinnen und Bewohner dann ebenso vergessen wie auch beispielsweise die neue Tramlinie nach Affoltern. Die Kantonsratsfraktion der Alternativen Liste hat zusammen mit EVP, Grünen, Grünliberale und SP die Volksinitiative wie auch den Gegenvorschlag abgelehnt. Leider fand der Gegenvorschlag mit 92 gegen 70 Stimmen eine Mehrheit.

Ein breites Bündnis will nun diesen städteschädlichen Vorstoss bekämpfen. Weitere Unterstützerinnen und Unterstützer sind herzlich willkommen.

Judith Stofer, Kantonsrätin

Aus dem Gemeinderat

Debatte um eine (beinahe) nicht mehr vorhandene Vorlage



Haupttraktandum der Gemeinderatssitzung vom 21. Juni war eine Weisung aus dem Schulamt zur Neuausrichtung der Schulbehördenorganisation. Die dramatischen

inhaltlichen und organisatorischen Veränderungen in der Volksschule (Paradigmenwechsel von separativer zur integrativer Förderung, Einführung von Schulleitungen, ausgebauten und stärker in den Schulbetrieb eingebundenes Betreuungswesen und modifizierte kantonale Rahmenbedingungen) verlangten nach einer Anpassung des Schulbehördenwesens, darin waren sich die Parteien einig.

Blöd bloss, dass die hierzu vom Stadtrat ausgearbeitete Weisung in der Kommission unzählige Beratungsstunden und Hunderte von Protokollseiten später so zerpflückt war, dass für die Debatte nicht mehr viel übrig blieb. Weil das grosse Geister nicht stört, meldeten sich zahlreiche Ratsmitglieder zu Wort, die – wohl aus Verlegenheit über den mangelnden Inhalt der Weisung – hauptsächlich auf die beiden Rückweisungsanträge Bezug nah-

men, die SVP und AL unabhängig voneinander und mit ganz unterschiedlicher Begründung eingereicht hatten.

Die SVP wies die Vorlage mit dem Auftrag an den Stadtrat zurück, die beabsichtigte Umwandlung der Volksschule in eine zentralistisch organisierte Staatsschule ganz aus der Weisung zu streichen und mit einer neuen Weisung das Scheitern der aktuellen einzugestehen.

Die Motivation der AL-Rückweisung liegt in der Erkenntnis, dass eine Reorganisation des Aufsichtswesens tatsächlich dringlich ist. Durch die Rückweisung wollten wir den Stadtrat auffordern, eine neue Weisung unter Berücksichtigung folgender Parameter auszuarbeiten: eine Bezugnahme auf geleitete Schulen, eine klare Trennung von Verwaltungs- und Aufsichtsfunktionen und die verbindliche Regelung der Zusammenarbeit von Behörden- und Verwaltungsmitgliedern.

Die Mehrheit des Rates – also auch SP und Grüne – zogen es jedoch vor, die «unschädlich» weil inhaltslos gemachte Vorlage durchzuwinken. Die grandiosen Nicht-Beschlüsse dieses Abends werden im November auch noch der Bevölkerung zur Abstimmung vorgelegt.

Rosa Maino, Gemeinderätin

AL-InhALte mit Biss:

29. März: Ezgi Akyol und David Garcia reichen ein Postulat ein, das die Realisierung von zusätzlichen Angeboten im künftigen **Bundesasylzentrum im Duttweilerareal** auf Kosten der Stadt fordert.

12. April: Die AL reicht das Referendum gegen den **Liegenschaften-Deal** der Stadt mit der Swisslife ein. Cabaret Voltaire soll bleiben, aber die Mietparteien der städtischen Häuser sollen nicht durch Mietwucher vertrieben werden.



1. Mai: Die AL beliefert Hungerige am **Essensstand** mit Wurst und Kuchen und zieht bei der **Demo** mit.



21. Mai: Auch dank der Stimme der AL ermöglicht die Stadtbevölkerung den Rahmenkredit (90 Mio.) für die **Wohnbauaktion** und die kantonale Stimmbürgerin spricht sich gegen die **Privatisierung des Kantonsspitals Winterthur** und der Integrierten Psychiatrie aus. Zum ersten Mal seit langem verlaufen sämtliche Abstimmungen gemäss der Parolen der AL.

31. Mai: Die AL-Fraktion fordert den Gemeinderat auf, beim **ERZ Skandal** Verantwortung zu übernehmen.

3. Juni: Ezgi Akyol hält an der Demo «gegen die Entrechtung von Migrant*innen» eine Rede für die **Entkriminalisierung von Flüchtlingen** durch die «City Card».

8. Juni: Dank der Mithilfe der AL kommt das Referendum gegen den **Integrationsstopp für Schutzsuchende** erfolgreich zustande.



10. Juni: Die AL demonstriert zusammen mit mehreren tausend LGBTQI-Aktivist*innen an der **Zürich Pride** unter dem Motto «No Fear to be you» für die Aufnahme von Menschen, die aufgrund ihrer sexuellen Ausrichtung oder Identität geflüchtet sind.

24. Juni: Die AL ist bei der Gründung des **Vereins «Noigass»** dabei, der 100 Prozent gemeinnütziges Wohnen auf dem Areal neben der Josefskirche fordert.

Arbeitszeitverkürzung jetzt!



Ohne Gehalts-einbusse kürzer zu arbeiten, wäre gesellschaftlich vernünftig. Der Zusammenhang zwischen Arbeitszeit und Arbeitsleistung ist nicht proportional. Wo

hohe Motivation und Aufmerksamkeit gefordert sind, steigt bei kürzeren Arbeitszeiten die Produktivität pro Stunde, die Lohnstückkosten sinken also. Das gibt Spielraum für höhere Stundenlöhne. Hinzu kommt der technische Fortschritt, der die Arbeitsproduktivität um etwa 1 Prozent jährlich steigert. Somit müssten – ohne Umverteilung zwischen Kapital und Arbeit – die Stundenlöhne bei gleichbleibender Arbeitszeit um 1 Prozent steigen. Bleiben die Jahreslöhne konstant, müsste die Arbeitszeit sinken, und zwar um mehr als 1 Prozent, weil die kürzere Arbeitszeit die Produktivität weiter erhöht. Ohne Lohnverzicht liegt damit gut 1 Prozent Arbeitszeitverkürzung pro Jahr drin; wenn der Jahreslohn steigen soll, entsprechend weniger. Die «richtige» Aufteilung des Produktivitätsgewinns hängt von der Wertschätzung von Arbeitseinkommen versus Freizeit ab. Aus gesellschaftlicher Sicht spricht für Arbeitszeitverkürzung, dass sie den Wachstumszwang aufhebt und damit die Umweltbelastung reduziert. Eine Beispielrechnung: Bei konstanter Bevölkerung und Arbeitszeit und 1 Prozent technischem Fortschritt steigt die Arbeitslosigkeit bei konstantem Bruttoinlandprodukt (BIP) um 1 Prozent pro Jahr. Um die Zahl der Beschäftigten konstant zu halten, muss das BIP um 1 Prozent jährlich wachsen. Das ist der Wachstumszwang. Wenn aber die persönliche Arbeitszeit um gut 1 Prozent jährlich sinkt, braucht es für konstante Beschäftigung kein Wirtschaftswachstum. Der Fortschritt führt dann nicht zum befürchteten Abbau von Arbeitsstellen, sondern zu einem besseren Leben. Dazu gehört nämlich neben der Möglichkeit, seinen Lebensunterhalt zu bestreiten, auch die freie Zeit jenseits des «Reichs der Notwendigkeit».

Michael Graff

ERZ – ein Skandal wird entsorgt und warum die AL nicht mitmacht

Während der Stadtrat sanft am Fallschirm seiner Entscheidungen dem harten Erdboden der politischen Aufarbeitung des Skandals um Entsorgung und Recycling Zürich (ERZ) entgegen schwebt, nehmen wir uns die Zeit für einen kurzen Rückblick. Kolumne, zuvor erschienen im P.S. – der linken Zürcher Zeitung – vom 16. Juni 2017

Anfang Juni hat der Stadtrat von Zürich die Reissleine gezogen: Dem schwatzhaften Kollegen Leutenegger verpasste er einen Maulkorb, dem freigestellten ERZ-Direktor Urs Pauli hat er fristlos gekündigt und bei Herrn Poledna hat er eine externe Untersuchung in Auftrag gegeben, die so breit aufgestellt ist, wie man sich das nur wünschen kann. Dumm ist nur, dass der Auftraggeber neben den Dienstabteilungs-Internas auch noch seine eigene aktuelle und vergangene Rolle im Skandal mituntersuchen lassen will. Das ist nicht nur wenig erfolgversprechend, sondern zeigt exemplarisch, wie wenig der Stadtrat von der Gewaltenteilung zwischen Parlament und Regierung hält.

Während der Stadtrat nun sanft am Fallschirm seiner Entscheidungen dem harten Erdboden der politischen Aufarbeitung des Skandals entgegen schwebt, nehmen wir uns die Zeit für einen kurzen Rückblick.

Und täglich grüsst der Einzelfall

Im Sommer 2015 verschickt ein anonym Informant Hinweise auf schwerwiegende Unregelmässigkeiten im ERZ. Zeitgleich listet eine Untersuchung der Finanzkontrolle deftige Tatbestände auf: Kreditüberschreitung, Aktenvernichtung, bewusste Falschbuchungen und Vergabefilz sind die Themen. Departementsvorsteher Leutenegger gibt eine Administrativuntersuchung in Auftrag, deren Ergebnis ein Dreivierteljahr später in einer lendenlahmen Ermahnung des Direktors, einem überschwänglichen Lob der ERZ-Errungenschaften und einer Weisswaschung der politischen Führung endet. Der Bericht selbst bleibt unter Verschluss und die gemeinderätliche Stadtratsentourage mimt mit Ausnahme der AL Erleichterung.

Im Oktober 2016 wendet sich erneut ein Informant an die politische Öffentlichkeit und weist auf Missstände in den Werkstattribetrieben und auf Führungsversagen hin. Zusätzlich entdeckt die Finanzkontrolle über 40 fehlende Kreditabrechnungen. Der Stadtrat rüffelt das ERZ scharf, führt aber den entsprechenden Stadtratsbeschluss nicht in der Mittwochsmedienmitteilung auf. Parallel zwingt der Stadtrat den Gebührenraubritter Pauli, die Verbuchungspraxis für Kanalsanierungen vom Unterhalt auf Investition zu ändern, was nochmals 34 Millionen Franken in die Spezialreserve des ERZ spült. Auch hierü-

ber informiert der Stadtrat die Öffentlichkeit nicht.

Stadtrat Leutenegger schaltet in den Panikmodus

Nach Bekanntwerden eines allenfalls widerrechtlich beschafften Dienstwagens, wendet sich Stadtrat Leutenegger kurzzeitig von Tagesgeschäften wie dem Retten einzelner Bäume oder dem eigenhändigen Ausreissen von Neophyten ab und den Führungsfragen in seinem Departement zu. Er stellt schwere Enttäuschung bei sich selbst über den renitenten Pauli fest, stellt diesen frei und verkauft dessen Dienstwagen. Kaum ist der oberste ERZ-Chef weg, tanzen die Mäuse und singen ein Lied von weiteren Ungereimtheiten im Hause: Schwarze Kassen, Erholungssoasen, Probleme mit dem Tochterbetrieb Bossard AG und weiteren Beteiligungen sowie der exklusive Wohnort des Ex-Direktors werden in wirrem Kunterbunt in den Medien breitgetreten. Leuteneggers Medienstelle befeuert den Medienzirkus unter dem Titel der Transparenz laufend mit neuen Enthüllungen, bis der Gesamtstadtrat eingreift.

So geht es nicht!

Der Gemeinderat hat die Aufsichtsfunktion über die Verwaltung. Darum leisten wir uns eine GPK und eine RPK als ständige Kommissionen, deshalb beschreiben Gemeindeordnung und Geschäftsordnung ausführlich das Instrument der parlamentarischen Untersuchungskommission (PUK). Bei Redaktionsschluss für das vorliegende AL-Info ist noch nicht absehbar, ob der Gemeinderat sich durch diese Stadtratsuntersuchung in seiner Entscheidung beeinflussen lässt. Tut er das, macht er sich bei allen zukünftigen PUK-Diskussionen erpressbar.

Zudem muss sich der Departementsvorsteher im TED auf seine Führungsfunktion zurückbesinnen und im ERZ die aktuell nötigen und dringenden Beschlüsse aufgleisen. Den Stellvertreter zum interimistischen Chef zu machen und eine Ausschreibung des Direktorpostens anzukündigen, ist ungenügend und birgt die Gefahr, dass zukünftige Untersuchungen nicht mehr viel Material zum Untersuchen vorfinden werden. Es gibt keinen Skandal Pauli, es gibt einen Skandal ERZ und einen der langjährig vernachlässigten Aufsichtspflicht des Stadtrates.

Andreas Kirstein, Gemeinderat